

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepalte Postzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 51 .: 30. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 22. Dezember 1916

## Sonnenwende.

**J**a, wir glauben an dich, wenn uns eisiger Sturm auch umbrauft,  
Wenn der Winter die Seelen umklammert mit kalter fauft,  
Wenn von blattlosen Zweigen trübdunstiger Nebel tropft  
Und an die Scheiben wildrauschende Schneeflut klopft.

Glauben an dich, wenn die Wolken hängen in tiefer Last  
Und unser Tag in fröstelnder Dämm'ung verblaßt;  
Wenn versunken der prangenden Erde goldleuchtende Pracht  
Und unsre Stunden entwandeln in licht- und sternarme Nacht.

Ob mit gefurchter Stirn auch Frau Sorge grübelt und sinnt  
Und unfern Herd mit quälendem Bangen umspinnt,  
Ob um die Hütten schleicht lauernd die blutige Not  
Und aus der ferne uns drohend umgeistert der Tod —

Dennoch und dennoch: wir heben das Angesicht  
Auf zu der kommenden Sonne, dem kommenden Licht,  
Wissen: die Helle, die hinter den Wolken blitzt,  
Daß sie dem Dunkel die tödenden Pfeile spitzt.

Wissen dich lebend, du strahlende Hoffnung der Welt,  
Die allem Dasein die loderende fackel hält.  
Wissen dich nahend, urewige Zeugin,  
Du aller Winter und Nöte obliegende Beugin.

Wissen dich schaffend an Pflanzen- und Menschenlos:  
Freude und Brot und Frucht harren in deinem Schoß.  
Alles was atmet, du tränkst mit goldenem Schein:  
Flammende Armacht, verdorre der Gegenwart Dein!

Ernst Preczang.

**Inhalt.** Sonnenwende. — Beitragsleistung. — Unser  
Weihnachtsfest. — Der 12. Dezember 1916. — Das Gesetz  
über den vaterländischen Hilfsdienst. — Bericht über die  
Gauleiterkonferenz. — Um die Jugend. — Bericht der  
23. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner  
Seeresansatzungsgebiet. — Aus unserem Beruf. — Korre-  
spondenzen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 24. bis 30. Dezember  
1916 ist der 52. Wochenbeitrag fällig. Nur  
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche  
Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert  
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-  
stützung aus Verbandsmitteln.

### Unser Weihnachtsfest.

Wieder läuten die Glocken wie alljährlich  
zu dieser Zeit das Fest der Liebe ein, und zum  
dritten Male künden sie uns nun schon an ein  
Kriegsfest der Liebe. Welch ein Wider-  
spruch: Krieg und Liebe, und dennoch mag es  
niemand von uns missen, das Liebesfest, denn-  
noch ist in diesen Tagen Millionen von Menschen  
das Herz mit heiligen Gefühlen erfüllt.

Wahrlich, wenn der Krieg das Natürliche  
wäre, das ewig Notwendige, wir würden von  
einem Feste der Liebe jetzt nichts wissen  
wollen, wir würden nur feiern den Krieg.  
Aber zu hoch ist die Natur bereits in der  
Entwicklung gestiegen, zu tief ist bereits  
entwickelt das Menschenherz, als daß es die  
tieferen Gefühle so ganz vermissen könnte.  
Wenn auch noch so sehr die Waffen klirren und  
der Mensch sonst vielleicht auch noch so sehr sich  
niederem, egoistischen Trieben hingibt, am Wei-  
nachtsfeste ist selbst der rohesten Menschen Brust  
von einem reineren, edleren Empfinden erfüllt.  
Und das mag er nicht missen, auch nicht im  
Kriege, das ist, wenn auch bei Tausenden nur  
im Keime, so immerhin doch bei allen wenig-  
stens ein Stückchen ihrer eigenen Natur.

Diese Existenz eines tieferen Menschheits-  
gefühls, wie sie am Weihnachtsfeste zum Aus-  
druck kommt, beweist uns, daß die Menschheit  
für ein edleres Menschheitsleben reif ist. Diese  
Harmonie der Seele ist aber nur möglich, wenn  
auch im wirtschaftlichen Leben Harmonie be-  
steht, wenn auch im praktischen Zusammenleben  
nichts anderes möglich ist als ein reiner  
Menschengeist.

Unser geistiger Kampf ist darum  
erforderlich, um den Geist im Menschheitsleben  
herrschen zu lassen, den der Mensch heute am  
Weihnachtsfeste ahnt, und das Weihnachtsfest  
ist somit ein Fest der sittlichen Idee unseres  
Kampfes. Es ist ein Fest des Abnehmens einer  
neuen Sittlichkeit. Es kann nicht so bleiben,  
wie es heute ist, so gefühllos, so roh, so brutal.  
Es muß einmal, durch unseren Kampf, kommen  
eine neue Welt, die jedem einzelnen überall,  
bei der Arbeit und daheim, das heilige, er-  
bauende, stille Gefühl des Herzens bietet, das  
der Mensch heute am Weihnachtsfeste ahnt.

In diesem Sinne können wir auch im  
wilden Toben des grausigen Krieges das Wei-  
nachtsfest feiern. Wenn es uns auch noch so  
schwer ums Herz ist und wenn die Lieben auch  
noch so fern oder gar vom grünen Rasen be-  
deckt, der tiefe sittliche Ernst, der diesen Tagen  
seine Weihe gibt, ist uns ein Wegweiser zur  
neuen sittlichen Ordnungswelt. Nicht Ober-  
flächlichkeit und Selbstsucht, sondern Lebens-  
ernst und Menschenliebe. Und das will unser  
Kampf. In seiner tiefsten Bedeutung ist  
darum unser das Weihnachtsfest.

### Der 12. Dezember 1916.

Wenn das entsetzliche Unglück, das über die  
Völker Europas hereingebrochen und nunmehr  
29 Monate seine unheilvolle Bahn zieht, längst  
überwunden sein wird, wenn die Menschen sich

zu kulturförderndem Tun wieder zusammen-  
gefunden haben werden, wird der 12. De z e m -  
b e r 1916 wie ein helles Licht aus dunklen,  
gewitterschweren Zeiten herausstrahlen. Dieser  
Tag wird dauernd hochbedeutend für alle  
Schichten der deutschen Bevölkerung sein, die  
gegen Lohn oder Gehalt um die Bedingungen  
ihres Lebensunterhaltes in Dienst und Arbeit  
kämpfen.

Vier Millionen Angestellte  
und Arbeiter aller Richtungen, mit Aus-  
nahme der von den Unternehmern protektion-  
ierten Gelben, haben sich, unbeschadet ihrer  
politischen Ansichten und Weltanschauungen,  
durch ihre berufenen Vertreter einstimmig und  
einmütig bereit erklärt, für das Fortbestehen  
und die Verteidigung des hart bedrängten  
Vaterlandes alle Kräfte einzusetzen. Die Armee  
vor dem Feinde soll durch die Seimarmee er-  
gänzt und in ihrem Willen bestärkt werden. Das  
ist der ehrliche Wille, der von allen Rednern auf  
der gewerkschaftlichen Konferenz anlässlich der  
Besprechung über das vaterländische Hilfsdienst-  
gesetz zum Ausdruck gekommen ist. Diese völlige  
Einmütigkeit und Uebereinstimmung wird auch  
nach dem Kriege reiche Früchte tragen, wenn es  
gilt, auf dem Gebiete des sozialen Arbeiter- und  
Angestelltenrechtes Vorteile zu erzielen. Diesen  
Eindruck wird auch der Vertreter des Reichs-  
kanzlers, Erzellenz S e l f f e r i c h, der den Vor-  
mittagsverhandlungen beiwohnte und die Aus-  
führungen der Abgeordneten Legien, Bauer und  
Behrens mit anhörte, gewonnen haben.

So wie die Angestellten und Arbeiter ge-  
willt sind, die Hoffnungen, die die Staatsregie-  
rung an das neue Gesetz knüpft, zu erfüllen, in  
gleichem Maße erwarten sie auch, daß dieselbe  
Regierung es sich angelegen sein läßt, durch Zu-  
führung ausreichender Nahrungsmittel dem  
Volke die Kräfte zu erhalten, die es bei der ange-  
stregten Arbeit benötigt. Weiter erwarten die

Angestellten und Arbeiter, daß man an zuständiger Stelle sich ihrer auch dann erinnern möge, wenn die Not nicht mehr als Mahner hinter ihr steht.

Mit eisernem Griffel im Buche der Weltgeschichte ist die Anerkennung der Organisationen der Angestellten und Arbeiter eingezzeichnet. Sie wegzuwischen oder umzudeuten, wird keine Macht der Erde zuwege bringen. In dieser Anerkennung liegt der Sieg des Gewerkschaftsgedankens, er schon allein berechtigt zu sagen, der 12. Dezember ist ein Markstein der deutschen Arbeiterbewegung.

Die genau abgegebene Begrüßungsrede des Herrn Staatssekretärs Dr. Helfferich unterschied sich vorteilhaft von denen, die Minister feindlicher Länder bei ähnlichen Veranlassungen führten. Kein Wort der Ueberhebung, kein Wort des Hasses gegen die Feinde Deutschlands fielen von den Lippen des hohen Beamten, dagegen kam die Geneigtheit zum baldigen Frieden zum Ausdruck. Der Leiter des Kriegsamts, General Gröner, erwartet von der organisierten Arbeiterchaft, sie möge ihm mit dem größten Vertrauen entgegenkommen, wie auch er zu ihr das größte Vertrauen hat. Er hofft von den anwesenden Vertretern, daß dieser uns jetzt befehlende Geist dauernd auf die gesamte Arbeiterchaft übertragen werden möge.

Abgesehen von den Kriegsverhältnissen im allgemeinen, hat eine Tagung der Arbeiter irgendwelcher Richtung noch nie unter so einem günstigen Stern gestanden wie die vom 12. Dezember 1916. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Arbeiterchaft zum Ausdruck brachte, alles für die Verteidigung des Vaterlandes einzusetzen, machte der Reichskanzler vor dem versammelten Reichstag namens des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten das Friedensangebot.

Es war für alle Teilnehmer ein erhebender Moment, als Herr Stegerwald der Konferenz hiervon Mitteilung machte. Auf der einen Stelle die Verkündung des Willens zum Frieden, auf der anderen, ebenso wichtigen Stelle, das Bekenntnis, wenn die feindlichen Mächte glauben, den Vernichtungskampf gegen Deutschland trotzdem fortführen zu müssen, dann ihre Gelüste an der geschlossenen Mauer der Arbeiter zerschellen sollen.

Die Referenten wie auch die zahlreichen Diskussionsredner erkannten die Notwendigkeit des Zivildienstgesetzes an, ohne darauf zu verzichten, auch seine Mängel zu kritisieren, in der Hoffnung, das Kriegsamt und die noch zu bildenden Ausschüsse werden die laut gewordenen Wünsche berücksichtigen.

Die Tagespresse hat über die Gewerkschaftskonferenz eingehend berichtet. An dieser Stelle haben wir das Zivildienstgesetz unseres Erachtens genügend erläutert, zudem bringen wir seinen Wortlaut in der heutigen und nächsten Nummer, so daß eine umfangreichere Berichterstattung über diese Tagung sich erübrigt. Wir begnügen uns daher mit dem Abdruck der einstimmig angenommenen Resolution, in der Hoffnung, der fehnlichst herbeigewünschte Frieden möge bewirken, daß das Zivildienstgesetz und die zu wählenden Ausschüsse erst gar nicht in Funktion treten. Die Resolution lautet:

Die am 12. Dezember 1916 in den Germania-Sälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.

Die durch die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben.

Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehendste Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Koalitionsrechtes. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

## Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst.

Vom 5. Dezember 1916.

§ 1. Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Lebensjahre ist, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 2. Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten alle Personen, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen, in der Kriegswirtschaft, in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Betrieben oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksernährung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, beschäftigt sind, soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt.

Hilfsdienstpflichtige, die vor dem 1. August 1916 in einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe tätig waren, dürfen aus diesem Berufe nicht zum Zwecke der Ueberweisung in eine andere Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst herausgezogen werden.

§ 3. Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim königlich Preussischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamt ob.

§ 4. Ueber die Frage, ob und in welchem Umfange die Zahl der bei einer Behörde beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet die zuständige Reichs- oder Landeszentralbehörde im Einvernehmen mit dem Kriegsamt. Ueber die Frage, was als behördliche Einrichtung anzusehen ist, sowie ob und in welchem Umfang die Zahl der bei einer solchen beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheidet das Kriegsamt nach Benehmen mit der zuständigen Reichs- oder Landeszentralbehörde.

Im übrigen entscheiden über die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb im Sinne des § 2 Bedeutung hat, sowie ob und in welchem Umfang die Zahl der in einem Beruf, einer Organisation oder einem Betriebe tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt, Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos oder für Teile des Bezirks zu bilden sind.

§ 5. Jeder Ausschuss (§ 4 Abs. 2) besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Den Offizier sowie die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestellt das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium, dem in diesen Bundesstaaten auch im übrigen der Vollzug dieses Gesetzes im Einvernehmen mit dem Kriegsamt zukommt. Die höheren Staatsbeamten beruft die Landeszentralbehörde oder die von ihr zu bestimmende Behörde. Ertritt sich der Bezirk eines Stellvertretenden Generalkommandos auf die Gebiete mehrerer Bundesstaaten, so werden die Beamten von den zuständigen Behörden dieser Bundesstaaten berufen; bei den Entscheidungen des Ausschusses wirken die Beamten des Bundesstaats mit, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört.

§ 6. Gegen die Entscheidung des Ausschusses (§ 4 Abs. 2) findet Beschwerde an die beim Kriegsamt einzurichtende Zentralstelle statt, die aus zwei Offizieren des Kriegsamts, von denen der eine den Vorsitz führt, zwei vom Reichskanzler ernannten Beamten und einem von der Zentralbehörde des Bundesstaats zu ernennenden Beamten, dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende angehört, sowie je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht; für die Bestellung dieser Vertreter gilt § 5 Satz 2. Werden Marineinteressen berührt, so ist einer der Offiziere vom Reichs-Marineamt zu bestellen. Bei Beschwerden gegen Entscheidungen bayerischer, sächsischer oder württembergischer Ausschüsse ist einer der Offiziere vom Kriegsministerium des beteiligten Bundesstaates zu bestellen.

§ 7. Die nicht im Sinne des § 2 beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen können jederzeit zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden.

Die Heranziehung erfolgt in der Regel zunächst durch eine Aufforderung zur freiwilligen Meldung, die das Kriegsamt oder eine durch Vermittlung der Landeszentralbehörde zu bestimmende Stelle erläßt. Wird dieser Aufforderung nicht in ausreichendem Maße entsprochen, so wird der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Aus-

schusses herangezogen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Offizier als Vorsitzenden, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Für die Bestellung des Offiziers sowie der Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gilt § 5 Satz 2; den höheren Beamten beruft die Landeszentralbehörde oder die von ihr zu bestimmende Behörde.

Jeder, dem die besondere schriftliche Aufforderung zugegangen ist, hat bei einer der nach § 2 in Frage kommenden Stellen Arbeit zu suchen. Soweit hierdurch eine Beschäftigung binnen zwei Wochen nach Zustellung der Aufforderung nicht herbeigeführt wird, findet die Ueberweisung einer Beschäftigung durch den Ausschuss statt.

Ueber Beschwerden gegen die Ueberweisung entscheidet der bei dem Stellvertretenden Generalkommando gebildete Ausschuss (§ 4 Abs. 2). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 8. Bei der Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn dem Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.

§ 9. Niemand darf einen Hilfsdienstpflichtigen in Beschäftigung nehmen, der bei einer der im § 2 bezeichneten Stellen beschäftigt ist oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt gewesen ist, sofern der Hilfsdienstpflichtige nicht eine Bescheinigung seines letzten Arbeitgebers darüber beibringt, daß er die Beschäftigung mit dessen Zustimmung aufgegeben hat.

Weigert sich der Arbeitgeber, die von dem Hilfsdienstpflichtigen beantragte Bescheinigung auszustellen, so steht diesem die Beschwerde an einem Ausschuss zu, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzenden, sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Erkennt der Ausschuss nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausbleiben vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.

Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten. (Schluß folgt.)

## Bericht über die Gauleiterkonferenz

Der Zentralvorstand hatte zum 10. Dezember eine Gauleiterkonferenz nach Berlin einberufen, an der in gewohnter Weise der Ausschuss und Vertreter der größten Verwaltungen teilgenommen haben, um zu wichtigen Vorgängen im Verbandsleben, unter Berücksichtigung der kommenden Rechtsverhältnisse, Stellung zu nehmen.

In seinem einleitenden Bericht ging Kollege Blum auf die Mitgliederbewegung während des Krieges ein und bedauerte, daß die Mitgliederzahl mit dem günstig liegenden Geschäftsjahr nicht in Einklang zu bringen ist. Wenn die Beitragsleistung ebenfalls sehr zurückgegangen ist, so kann es nur daran liegen, daß ein Teil der Mitglieder nur buchmäßig geführt werden. Es ist nicht anzunehmen, daß bei den günstigen Verhältnissen so erhebliche Beitragsreste zu verzeichnen sind. Besonders trüb liegt es im Münchener Gau, wo kaum mehr als die Hälfte der fälligen Beiträge abgerechnet werden. Die Gewinnung neuer Mitglieder wird durch die aus dem Reichsstarke entfallenden Differenzen stark beeinträchtigt, oftmals mit Kleinigkeiten, die durch die Kollegenchaft allein geregelt werden könnten. Ganz besonders nahmen die Unorganisierten die Zeit unserer Funktionäre in Anspruch, ohne ihre Pflicht dem Verbands gegenüber zu tun. Bedauerlicherweise mußte die Erhebung der Monatsbeiträge eingestellt werden. Desto mehr muß darauf geachtet werden, daß für die anberaumte Zeit alle Monatsbeiträge geleistet werden müssen. Wer dieser Pflicht nicht nachgekommen ist, verliert seine Rechte an den Verband. Die Kasernenverhältnisse haben sich auf Grund der bei verschiedenen Einrichtungen gemachten Ersparnisse günstig gestaltet, so daß eine Familienunterstützung zu Weisachten gezahlt werden kann, die in ihren Bezügen

an erster Stelle der Gewerkschaften steht. Trotz des wirtschaftlichen Burgfriedens konnte unser Verband den Berufsgegnossen wesentliche Lohnserhöhungen bzw. Teuerungszulagen erwirken. — Besonderes Augenmerk ist auf die Feststellung der in einzelnen Zweigen unserer Berufe beschäftigten Personen zu richten. Auch dem Lehrlingswesen ist mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Alles Aufgaben, denen sich ausschließlich die Gauleiter werden zuwenden müssen.

In der Diskussion wurde bemerkt, daß die Streitigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei auch die gewerkschaftliche Agitation stark beeinträchtigen. Ebenfalls fehlt es an älteren Kollegen, die sich zum Amt eines Vertrauensmannes eignen. Stark beruht wurde das Verhalten solcher Kollegen, die vom Heeresdienst entlassen, schon lange Zeit in Arbeit stehen, ohne sich wieder im Verband anzumelden. Angeführt wurden Fälle, wonach Verbandsmitglieder wieder längere Zeit arbeiten, aber keine Beiträge leisten. Die großen Beitragsreste in der Lederwarenindustrie. Ueber das Vorgehen der Verbandsleitung bezüglich der Erlangung von Teuerungszulagen herrschte Einverständnis, wenn auch gewünscht wurde, die Unternehmer der Textilien- und Lederwarenindustrie mögen den Verhältnissen mehr Rechnung als bisher tragen. Es wurde beschlossen, Anfang des neuen Jahres mit Hilfe der Gauleiter festzustellen, wieviel Betriebe und darin beschäftigte Personen für unsere Berufszweige in Betracht kommen. Bezüglich der zum Heere eingezogenen Restanten wurde der Beschluß gefaßt: „Denjenigen Mitgliedern, welche bereits vor Ausbruch des Krieges unserem Verband beigetreten und vor dem 1. November 1914 zum Heeresdienst eingezogen worden sind, können die Beitragsreste bis zu acht Wochen niedergeschlagen werden.“ Einmütigkeit herrschte darüber, der Verbandsleitung die Anberaumung der nächsten Generalversammlung zu überlassen.

Kollege Weinchild referierte über das Zivildienstgesetz und wurden seine Vorschläge bezüglich der Lederwarenbranche gutgeheißen. Kollege Blum machte die anwendenden Gauleiter mit den bevorstehenden Aufgaben der Gewerkschaften — insbesondere die geplante Monopolisierung verschiedener Gewerbe und die Lebensgewirtschaft von der Kriegs- zur Friedensarbeit — vertraut und wünschte, daß unsere Funktionäre alles daransetzen, sie zur Zufriedenheit der Berufsgegnossen und der Allgemeinheit zu lösen.

Auch ohne daß tief einschneidende Reformen auf dieser Konferenz beschlossen wurden, war sie doch hochbedeutend für unser Verbandsleben. Nach der mündlichen Berichterstattung in den Verwaltungsstellen durch unsere Gauleiter ist zu erwarten, daß die Mitglieder den gegebenen Anregungen Folge leisten und alles daransetzen, den Verband als wirkungsvolle Waffe im Kampfe um Arbeiterrechte auszugestalten.

\* \* \*

Die anlässlich der Gewerkschaftskonferenz in Berlin anwesenden Vertreter der für die gesamte Lederindustrie in Betracht kommenden freien Gewerkschaften nahmen in einer am 11. Dezember abendräumten Besprechung einen Bericht des Reichstagsabgeordneten Simon über die Tätigkeit der Kriegsrohstoffabteilung und Lieferkontrollstelle entgegen. Mit Interesse wurden die Vorgänge bezüglich der Lederbeschlagnahme, Festsetzung von Höchstpreisen und Lederverteilung entgegengenommen. In der anregenden Debatte wurden Wünsche für jeden besonderen Gewerbebereich laut, die Genosse Simon zu vertreten versprach.

## Um die Jugend.

Zeit mehr denn zwanzig Jahren tobt der Kampf um die Jugend, an dem nicht nur alle Parteien, sondern überhaupt alle diejenigen beteiligt sind, die das ernsthafteste Bestreben haben, an der kulturellen Fortentwicklung, an der geistigen Hebung der Jugend zu arbeiten.

Dieser Kampf, der in dem Geburtsalter der Bewegung die Öffentlichkeit vorerst noch wenig interessierte und nur gelegentlich in Polemiken und Kontroversen ausgetragen wurde, nahm, je weiter die Bewegung um sich griff, immer größere Formen an. Das war auch nicht verwunderlich; denn schließlich waren doch alle Parteien an der Entwicklung der Jugend interessiert, und jede der Parteien hatte wieder ihr besonderes Rezept, mit dessen Hilfe sie die Jugend für den kommenden schweren Daseinskampf härten und stählen wollte.

Religiöse Dogmatik und einseitige geistige Beeinflussung waren die Nichtlinien für die bürgerlich-

christliche Jugendbewegung. Mit diesen Mitteln suchte man die Jugend, bei dem schnellen Anwachsen der freigewerkschaftlichen Organisationen, vor den ihr angelegentlich drohenden sittlichen und staatsbürgerlichen Gefahren zu schützen.

Aber je mehr man auch auf der einen Seite die bürgerliche Jugendbewegung durch Erlasse maßgebender Behörden und durch finanzielle Unterstützung förderte, und im Gegensatz dazu die proletarische Jugendbewegung systematisch bekämpfte, man konnte die letztere in ihrer Entwicklung doch nicht hindern.

Erst mit dem Ausbruch des Weltkrieges mußten die Kämpfe um die Jugend vor den großen Interessen des Landes zurücktreten. Der grüne Rasen des Burgfriedens, der gar bald die politischen Gegensätze der Parteien überwucherte, machte sich auch auf diesem Gebiete geltend.

Durch die Verhältnisse des Krieges ist auf dem Gebiete der Jugendbewegung mittlerweile nicht nur ein Stillstand, sondern ein Rückgang, der in den Mitgliederzahlen klar zum Ausdruck kommt, eingetreten. Bestimmend für diesen Rückgang ist die Tatsache, daß sich Tausende junger Leute dem Lande zur Verfügung stellten und daß schließlich auch Tausende zum Heeresdienst einberufen wurden. Aber auch die Eigenheiten des Belagerungszustandes, die der Jugend mancherlei Schranken auferlegten, trugen zu diesem Rückgang bei. Schließlich trug auch das Aufblühen der Rüstungsindustrie dazu bei, die Jugend in ihrer Fortentwicklung zu hemmen. Der Mangel an älteren Arbeitern, der sich durch ihre Einberufung zum Heeresdienst bald allerorts bemerkbar machte, mußte, um die Erledigung der Heeresbedürfnisse zu gewährleisten, durch jugendliche Arbeiter ersetzt werden. Die im Vergleich zu Friedenszeiten hohen Löhne, die den Beschäftigten der Kriegs- und Rüstungsindustrie durch den Mangel an Arbeitskräften gezahlt werden mußten, brachten für die jungen Arbeiter, denen es infolge der Kriegswirrenisse an geeigneter Leitung und Führung fehlte, viele Gefahren mit sich. Aus diesen Umständen heraus entstand dann schließlich bald das Geschrei über die moralische Verkommenheit der Jugend und ihre Verrohung.

Jugendverrohung! Es ist ein schlimmes Wort; und jeder, der es glaubt gebrauchen zu müssen, sollte sich vorher ja recht überlegen, ob er auch die Verrohung hat oder zu haben glaubt, unserer Jugend etwas Derartiges vorzuwerfen. Die Jugend ist die zukünftige Trägerin unserer Kultur. Unsere Hoffnungen und Wünsche, die wir in uns tragen, unsere Ziele, die wir uns gesteckt haben und unsere Probleme, die der Verwirklichung harren, das ist das Erbe, das die Jugend einmal von uns übernehmen soll und wird. Und wenn wir uns einen frohen Blick in die Zukunft bewahren wollen, dann dürfen wir uns nicht ganz einfach auf den Standpunkt derjenigen stellen, die über die Verrohung der Jugend Zeter und Mordio schreien, sondern wir müssen den Ursachen auf den Grund gehen und dort zu besseren Versuchen, wo sich Uebelstände im Laufe der Kriegswirrenisse eingeschlichen haben.

Gewiß, niemand wird die Tatsache bestreiten, daß es heute Tausende junger Leute gibt, die auf einem falschen Wege wandeln. Niemand wird auch diesen Jugendlichen ein glänzendes Zeugnis dafür ausstellen, wenn sie sich durch Trinken und Rauchen, durch Schundliteratur und Kinobesuch, wie überhaupt durch unsittliches Betragen, ihre eigene Zukunft untergraben. Und jeder vernünftige Mensch wird auch diesen Auswüchsen, wo immer er ihnen begegnet, durch Aufklärung entgegenarbeiten und die Jugendlichen auf den Weg zu bringen versuchen, auf dem sie nützliche Mitglieder unserer menschlichen Gesellschaft werden.

Die vorhandenen bedauerlichen Auswüchse sind doch aber nur als üble Begleiterscheinungen des Krieges zu betrachten. Die lange Kriegsdauer mit all ihren Wirrenissen mußte auf das Gemüt der Jugend natürlich ganz anders wirken als auf das der Erwachsenen. Denn während der Krieg bei den Erwachsenen die Sorge um die Zukunft der zum Heeresdienst Einberufenen und um das eigene materielle Wohl wachhielt, schuf er der Jugend immer neue Bilder der Phantasie und Abenteuerlust. Der Vater und die älteren männlichen Familienangehörigen, die bisher einen bestimmten Einfluß auf die Jugend ausgeübt hatten, kämpften draußen auf den Schlachtfeldern für die Existenz des Landes. Die Mütter aber, auf denen nun die sich immer schwieriger gestaltende Sorge um die Weiterführung des Haushaltes lag, waren wohl mitunter zu schwach, um einen besonderen Einfluß ausüben zu können.

Aus diesen Ursachen heraus sind denn auch diese Auswüchse, die man schlechtthin als „Jugendverrohung“ bezeichnet, entstanden. Aber glücklicherweise ist diese „Jugendverrohung“ ja nicht auf unsere gesamte Jugend anwendbar. Gewöhnlich ist es

ja so, daß diejenigen, die über die Verberbttheit unserer Jugend Zeter und Mordio schreien, nicht an jene Tausende und Abertausende denken, die auch unter heutigen Verhältnissen ihren Idealen treu blieben. An jene, die in heißen, ratternden Maschinenjäten ihre Jugend verbringen, um mit dem Erlös ihrer Hände Arbeit den ihres eigentlichen Ernährers beraubten Haushalt aufrechtzuerhalten und diejenigen zu ernähren, die sonst ihre Ernährer waren. Man muß schon eine starke Binde vor den Augen haben, wenn man das nicht sehen will, oder einen großen Wattebausch in den Ohren, wenn man sich diesen Tatsachen verschließen will.

Und dieser Teil der Jugend, der immer noch der größte Teil ist, das ist derjenige, auf den wir auch heute noch getrost unsere Hoffnungen setzen dürfen. Wenn einmal die Weltkriegsgrurie übermunden am Boden liegt, wenn wieder normale Verhältnisse dem gegenwärtigen Leben Platz machen, dann wird auch der gute Einfluß dieses Teiles der Jugend nicht unbemerkt bleiben.

Wir Erwachsenen aber, die wir ein besonderes Interesse daran haben, aus unserer Jugend nützliche Menschen und gute Staatsbürger zu erziehen, Menschen, die den Krieg mit seinen Schrecken hassen und in ihrem ganzen Wirken und Wollen für einen dauernden Frieden arbeiten, wir müssen immer und überall versuchen, die Jugend vor schädlichen Einflüssen zu bewahren; wir müssen versuchen, die Jugend in Jugendorganisationen und -vereinen zu sammeln, um ihr dadurch eine möglichst vielseitige Bildung zu sichern. Ein vielseitiges Wissen, das ein stählerner Mantel für den künftigen harten Daseinskampf sein soll.

Georg Schäfer.

## Bericht der 23. Sitzung der Schlichtungskommission für das Berliner Heeresausüstungsgewerbe.

Unter dem Vorsitz des Herrn Ganzenmüller wurde am 7. Dezember über folgende Fälle verhandelt.

1. Bei der Firma Krusch bestanden Differenzen über Arbeitslöhne für das Nieten der Verbandszeugtaschen für Krankenträger. Es kam eine Einigung dahin zustande, daß für die mit Bänder (4 Knöpfe und 14 Nieten) 12 Pf. plus 20 Proz., für die ohne Bänder (4 Knöpfe und 10 Nieten) 10 Pf. plus 20 Proz. gezahlt werden muß.

2. Die Firma Scherf hatte ihren Handnähern nur 1 1/2 Pf. pro Stunde gezahlt. Da nach Beschluß der Zentraltarifkommission der Mindestlohn für Berlin 45 Pf. beträgt, so forderten fünf Arbeiterinnen die Nachzahlung von 3 1/2 Pf. pro Stunde, rückwirkend auf sechs Monate. Herr Scherf wandte ein, daß ihm dieser Beschluß nicht bekannt war, und hat, nachdem er diesen erfahren, vier Arbeiterinnen schon je 15 Mk. nachgezahlt. Auch hatte er bei der in diesem Sommer sehr flauen Geschäftslage öfter nicht voll arbeiten lassen, jedoch den vollen Wochenlohn gezahlt. Es kam ein Vergleich zustande, wonach Herr Scherf 120 Mk. an die fünf Arbeiterinnen zahlte.

3. Im Anschluß hieran wurde die Schlichtungskommission ersucht, ein Gutachten über Arbeitslöhne für Sanitätsartikel, welche im Reichstasch nicht enthalten sind, abzugeben. Zu diesem Zweck waren noch erschienen von den Arbeitgeberern die Herren Wiedemann und Meißner, von den Arbeitnehmerern die Herren Spicknagel und Gewalt.

Die Anwesenden waren sich darin einig, daß für die nachstehenden Artikel folgende Lohnsätze angemessen sind:

Verbandszeugtasche für Krankenträger, einschließlich Nieten, Gelenktuch und obere Handnaht Maschinennaht 1,15 Mk.; Nieten, alles vorgelocht 10 Pf., Band einnieten extra 2 Pf.

Sanitätsstasche für Unberittene (Medizintasche) wie vorstehend, Einfaß Lohnarbeit.

Krankentragestasche, Besatz, Kasten einfaß und Nieten 1,40 Mk. (alles andere Maschinennaht).

Sanitätsstornister zusammenbauen 4,60 Mk., Spanntaschen befehen und einreihen 95 Pf., Tragegerüste 32 Pf.

Flugzeugtasche einschließlich Nieten 1,35 Mk.

Auf diese vorgenannten Lohnsätze kommen 20 Proz. Kriegszuschlag.

Vorsitzender:

Otto Ganzenmüller.

Protokollführer:

Alfred Nibel.

**Aus unserem Beruf.**

Die Lederwarenfabrikanten entfalten eine rege Agitation für ihren Verband. Der Verband Deutscher Lederwarenindustrieller hat nachstehenden Aufruf erlassen: „Zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes erwarten die maßgebenden Behörden Vorschläge der Branchenverbände. Nur, wenn die betreffenden Industriezweige versagen oder ihre Vorarbeiten zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes unbrauchbar sind, bleiben sie unberücksichtigt. Grundbedingung für die Schaffung geeigneter Unterlagen zur Durchführung des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes in der Lederwarenindustrie ist aber ihre geschlossene, lückenlose Organisation. Wir bitten daher die noch außenstehenden Firmen, unverzüglich ihren Beitritt zu erklären. Wer es unterläßt, schadet sich selbst aus und hat die dadurch für ihn entstehenden Folgen zu tragen.“

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß dieser Aufruf und die damit zusammenhängende Propaganda den gewünschten Erfolg haben wird. Daß der so gestärkte Fabrikantenverband sich auch eingehend mit Arbeiterfragen beschäftigt, braucht an dieser Stelle nicht besonders hervorgehoben werden. Das „Wie“ hängt aber ganz von der Stärke des Sattler- und Portefeullerverbandes ab. Es muß daher Aufgabe unserer Kollegen sein, der Fabrikantenvereinigung eine geschlossene, lückenlose Arbeiterorganisation gegenüberzustellen.

**Praktische Ahle für Sattler.** Dem Herrn Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6, ist für eine praktische Erfindung auf dem Gebiete des Sattlerhandwerkzeugs der patentamtliche Musterbeschuß gewährt worden. Es handelt sich um ein Heft, durch welches Ahlen und dergl. Werkzeuge nicht mehr in den Griff eingeschlagen, sondern vermittels einer Vorrichtung eingeklemmt werden. Diese Neuerung verhindert, daß Ahlen lose und des öfteren eingeschlagen werden müssen, wobei die Griffe häufig zerpringen. Von einem Handnäher wird uns dazu geschrieben:

„Ich habe schon seit Mai dieses Jahres sechs von den neuen Ahlen im Gebrauch, und trotzdem ich die schwersten Arbeiten ausgeführt, das härteste Leder damit genäht habe, sind sie jederzeit gut imstande geblieben. Der Vorzug der neuen Hefte ist: Das Herausgehen der Eisen ist bei den bisher gebräuchlichen Ahlen an der Tagesordnung. Bei festem Einschlagen der Eisen, das Zerpringen der Hefte, Abbrechen der Eisen direkt am Heft, bringt meistens den Verlust des Heftes mit sich (Patenthefte mit Holzgen ausgeglichen, jedoch dreht sich der Holzgen bei schwerer Arbeit und zerpringt dann die Zwinge mit samt dem Heft). Durch diese Mängel geht sehr viel Zeit verloren. Die neue Ahle hat diese Mängel alle überwunden. Sie wird nur so weit eingeschlagen, bis das Gewinde 5-6 Millimeter hervorsteht, dann durch Anziehen der Mutter vollends ganz langsam in das Heft eingepreßt. Auch wird sie durch die umgebogene Spitze des Eisens mit festgehalten und nicht allein durch die Pressung. Ein Abbrechen der Eisen direkt am Heft macht auch nichts aus. Es kann auch mit viel größerer Energie gearbeitet werden, da man nicht Sorge haben muß, daß die Ahle verjagt, was einen Mehrerwerb zur Folge hat.“

Der Preis für die Ahle stellt sich auf 1,40 Mk. pro Stück, bei Sammelbestellungen entsprechend billiger.

**Korrespondenzen.**

Düsseldorf. (E. 10. 12.) Dienstag, den 5. Dezember, fand im „Bergischen Hof“ unsere Monatsversammlung statt. Unter Geschäftliches wurde bemängelt, daß einige Kollegen für den Bußtag Heimarbeit mitgenommen hatten. Dieses wurde entsprechend gerügt und soll sich das nicht wiederholen. In einem Betrieb werden den Kollegen Prozentfäße vom Lohn eingehalten. Hier verlangen die Kollegen Einsicht über Bestand und Verwendung des Geldes. Aus einem anderen Betrieb werden Klagen laut über Warten auf Zuschmitt. Da die Kollegen hier noch andere Wünsche haben, soll in einer Werkstatteung eine Aussprache darüber stattfinden. Unter Punkt 2 wurden die Kollegen über den Verlauf der Verhandlungen über die Teuerungszulage unterrichtet. Hierbei wurde von einigen Kollegen bemerkt, daß sie anfangs infolge des Tarifabschlusses Schaden gehabt hätten. Jedoch wurde allseitig anerkannt, daß der Tarif sich später als sehr segensreich gezeigt habe. Einer Anregung, einen Hausfassierer zu wählen, wurde Folge gegeben und soll die Wahl in der nächsten Generalversammlung vorgenommen werden. Obwohl wir über schlechten Versammlungsbesuch nicht klagen können, ermahnte der Vorsitzende dennoch die Kollegen, stets zu erscheinen, und daß ein jeder die Interessen der Kollegen und des Verbandes wahrnehmen möge, mag es sein, wo und wann es wolle, denn die Zeit erfordere es.

Ulm a. D. (E. 12. 12.) Am 8. Dezember tagte eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung der Zahlstelle Ulm/Neu-Ulm im Verlehrslokal „Zum Hohentwiel“. Unter „Geschäftliches“ gab der Vorsitzende bekannt, daß nun wohl auch unser langgehegter Wunsch, Bildung einer Schlichtungskommission für das Militärausrüstungsgewerbe, in nächster Zeit in Erfüllung gehen dürfte, und hoffentlich die Herren Fabrikanten, welche die Sache in Händen haben, die Konstituierung der Kommission in Wälde erfolgen lassen. Des weiteren war zu berichten, daß eine Reihe Kollegen aus dem Felde geschriebene hatten und die Daheimgebliebenen ermahnen, treu ihre Pflicht zu tun, um die Organisation über alle Fährnisse des Weltkrieges hinüberzubringen. — Bei Erstattung des Kartellberichts wurde besonders des Zivildienstgesetzes Erwähnung getan und gewünscht, daß das Gesetz an den richtigen Stellen angewandt wird, den Arbeitern jedoch, welche auch ohnehines voll auf ihre Pflicht getan haben, kein Schaden hieraus erwachsen möge. Dergleichen wurde die Einführung des beabsichtigten Sparzwanges für die Jugendlichen und das Verhalten der Vertreter der christlichen und kirchlich-Dunderischen Gewerkschaften in Württemberg kritisiert, die für die Einführung gestimmt haben. Wir müssen den Erfolg schon bezweigen ablehnen, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß später auch die Erwachsenen hiermit begünstigt werden könnten. Gleichfalls wurde der Bericht über die Ausschussführung der Ulmer Ortskrankenkasse entgegengenommen. Das größte Interesse beanspruchte jedoch der Punkt über Teuerungszulagen. Schon seit einiger Zeit beschäftigen sich die hiesigen Kollegen mit der Forderung einer Teuerungszulage. Wohl war es durch die Einführung des Reichstaxistars gelungen, die Lage der Sattler etwas zu verbessern; aber durch das fortwährende Steigen der Preise für die Lebensmittel und alle Bedarfsartikel ist die Lohnerhöhung längst wettgemacht. Nach ausgiebiger Aussprache, in der von allen Rednern auf die Notwendigkeit einer Zulage hingewiesen wurde, gelangte folgende Entschlieung einstimmig zur Annahme: „Die heutige, sehr gut

besuchte Mitgliederversammlung der Sattler und Portefeuller, Filiale Ulm/Neu-Ulm, beschließt, angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen gewaltigen Steigerung der Lebensmittel eine allgemeine Teuerungszulage bei ihren Fabrikanten zu beantragen und hofft, daß die Herren Arbeitgeber sich den gerechten Forderungen der Arbeiter gegenüber nicht ablehnend verhalten werden. Besonders ist die Lage der Arbeiterinnen und vor allem die der verheirateten Frauen verbesserungsbedürftig. Die Versammlung beauftragt die Ortsverwaltung, mit Hilfe des Zentralvorstandes die hierzu nötigen Schritte einzuleiten.“ Es wurde von den Kollegen mehrfach Klage geführt über die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben. Es dürfte doch den Fabrikanten auch nicht unbekannt sein, daß es den Kollegen bei einer Arbeitszeit bis 8 Uhr abends, und schließlich noch darüber, unmöglich gemacht wird, ihre Einkäufe an Lebensmitteln, welche doch wirklich schon sehr kärglich bemessen sind, zu besorgen und wird erwartet, daß von den Fabrikanten etwas geschieht, um dieser Kalamität abzuhelfen, damit die Arbeiter auch weiterhin imstande sind, ihre Arbeitsleistung voll aufrechtzuerhalten. Nachdem noch ein aus dem Felde beurlaubter, in der Versammlung anwesender Kollege der Kollegenchaft seinen Dank für die seiner Familie und ihm gemachten Unterstützungen ausgesprochen hatte, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Sterbetafel.**

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder

- Arno Schmucler, Hannover, 27 Jahre alt,
- Gustav Tilger, Bielefeld, 26 Jahre alt,
- Fritz Kaiser, Berlin, 30 Jahre alt,
- Max Martin, Berlin, 34 Jahre alt,
- Otto Wieth, Berlin, 28 Jahre alt,
- Edmund Wille, Berlin, 33 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

**Tüchtige Sattler**

für Militärarbeit gesucht.  
**Friedr. Schrader, Hannover,**  
Herchelstraße 34.

Wegen Einberufung zum Heeresdienst stellen wir sofort für dauernde Beschäftigung

**20 tüchtige Sattler**

ein gegen Reichstaxist.

**Engelhard & Co., Großsattlerei, Münster i. W.**

**Wir stellen gelernte Sattler und erfahrene Zuschneider**

auf Militärgeschirre ein. Bei schriftlichen Meldungen sind Angaben über Alter und Militärverhältnis zu machen.

**Friedrich Kirchner, G. m. b. H.,**  
Lederwarenfabrik, Remscheid.

Empfehle meine patentamtlich geschützte **Sattler-Ahle,**

kein Herausgehen der Eisen, kein Zerpringen der Hefte mehr, selbst bei Ausführung der schwersten Arbeit. Vorrätig in 6 Größen, sofort lieferbar. Probe-Ahle gegen Voreinsendung von 1,40 Mk. franco zu beziehen von Karl Schiller, Stuttgart, Luisenplatz 6. Ditzheim.

**Sattler**

auf dauernde Militärarbeit, Geschirre, Sättel usw., stellen sofort ein

**R. Kühlewein & Co., Erfurt-N.,**  
Wendenstraße 5.

**Lederschneidemaschine**

für Kraftbetrieb, modernste, starke Konstruktion, mit verbesserter Friktionskuppelung und Sicherheitsausrückung, Schnittlänge 170 cm, fast neu, kaum 1 Jahr in Gebrauch, für nur 1500 Mk. in meiner Sattlerei **Endeplatz 3a** verkäuflich.

**Heinrich Jordan, Berlin SW. 68.**

**Tüchtige Sattler**  
auf Geschirre in dauernde Beschäftigung gesucht.

**Ernst Scheffler**  
Lederwarenfabrik  
**Chemnitz**  
Ludwigstraße 28.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen, Berlin SW. 19,**  
Lindenstr. 63.

— Begründet 1880. —  
Preislisten S. P. gratis und franco.